

WOCHENRÜCKBLICK



PARLAMENTARISCHE GESELLSCHAFT VERWEIGERT AUFNAHME VON 40 AfD-ABGEORDNETEN

Die systematische Ausgrenzung der stärksten Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag findet auch in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft (DPG) statt. Nachdem der AfD-Fraktion bereits seit 2017 das Amt eines Bundestagsvizepräsidenten sowie ihr nach parlamentarischer Stärke zustehende Ausschussvorsitze seit 2021 verweigert werden, blockiert der DPG-Vorstand unter Präsident Armin Laschet seit Beginn der Wahlperiode auch die Aufnahme von 40 neugewählten AfD-Abgeordneten.

Aus Sicht der betroffenen Abgeordneten steht dieses Vorgehen in offenem Widerspruch zu Satzung, parlamentarischer Tradition und dem Anspruch auf Gleichbehandlung aller gewählten Volksvertreter. Neugewählte Abgeordnete anderer Fraktionen wurden ohne Schwierigkeiten aufgenommen. Von der AfD-Bundestagsfraktion wurden 34 Mitgliedsanträge zugelassen. 40 weiteren Anträgen wurden mit fadenscheiniger Begründung der Aufnahmebeschluss verweigert. Sämtliche Anfragen per E-Mail, sowie ein kürzlich übergebenes Protestschreiben der betroffenen AfD-Abgeordneten an DPG-Präsident Armin Laschet blieben unbeantwortet.

Hierzu teilt der Parlamentarische Geschäftsführer und Justiziar der AfD-Bundestagsfraktion, Stephan Brandner, mit:

„Das unfassbare und auch unverschämte Verhalten des Vorstands unter einem Präsidenten Armin Laschet ist ein weiteres Beispiel für den Missbrauch der Mehrheitsmacht durch ‚unsere Demokratie‘. Dabei verzichtet die Mehrheit inzwischen darauf ihre Entscheidungen zu erklären. Wir erleben eine Dauerblockade. Das ist ein Bruch mit dem Geist der demokratischen Parlamente in Deutschland und ganz Europa. Der Vorstand der DPG missachtet seine Pflicht zur parteipolitischen Neutralität. Sie ergibt sich aus den vom Bundestag eingeräumten besonderen Rechten, die jährlich mit Millionenbeträgen durch den deutschen Steuerzahler subventioniert werden. Dazu kommt die unentgeltliche Nutzung des repräsentativen Reichstagspräsidentenpalais. Angesichts der Krise in Deutschland ist es dringend geboten, die Vergünstigungen der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft zu überprüfen. Unabhängig davon fordert die AfD-Bundestagsfraktion die Ungleichbehandlung aktiver Mitglieder des Bundestages umgehend zu beenden.“



„Bundeskanzler Merz hatte versprochen, dass mit ihm die katastrophale Einwanderungspolitik vorbei sein würde, aber das Gegenteil ist der Fall. Allein 2025 sind knapp 63.000 Menschen aus der Ukraine, Afghanistan und Syrien illegal nach Deutschland eingereist. Abgeschoben wurden nur gut 20.000 Personen. Die Situation wird also nicht besser sondern immer schlimmer. Auch die Zahl der Ausreisepflichtigen steigt immer weiter. Das ist ein Vollversagen und ein weiteres gebrochenes Versprechen von Friedrich Merz. Es muss jedem klar sein: der notwendige Kurswechsel in der Migrationspolitik findet nur mit der AfD statt. Viele Bürger haben das bereits erkannt - sehr viele mehr werden das in den nächsten Wochen und Monaten noch erkennen.“



Aktuelle Videos



Besuchergruppe von Lars Heise



Plenum im Deutschen Bundestag



**STEPHAN
BRAUNER**

Bürgerdialog in Droyßig



STEPHAN
BRAUNER

Unterwegs im Wahlkreis



Im Hexenkessel von Ronneburg



Mit dem Mutzbraten



**STEPHAN
BRAUNER**

Rückblick auf die Plenarwoche

Mittwoch 6. Mai 2026

Bundesministerin für Arbeit und Soziales, **Bärbel Bas (SPD)**, hat hervorgehoben, dass angesichts eines weiterhin unter Druck stehenden Arbeitsmarktes für soziale Sicherheit gesorgt, für die Standorte gekämpft und neue Perspektiven ermöglicht werden müssten. In der Regierungsbefragung des Bundestages am Mittwoch, 6. Mai 2026, betonte die Ministerin, man müsse wirtschaftlich wieder „in die Spur kommen“ und investiere deshalb 500 Milliarden Euro in Straßen, Schulen und die Digitalisierung. Menschen, die unfreiwillig in Teilzeit arbeiten, insbesondere Frauen, sowie Menschen in der Grundsicherung wolle die Regierung wieder in den Arbeitsmarkt integrieren. Sie denke auch an die gut qualifizierten Menschen mit Behinderung, die selten einen Arbeitsplatz finden, sagte Bas. Die Reform des Behinderten-Gleichstellungsgesetzes werde benötigt, um einen inklusiven Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Diese Menschen würden gebraucht, „wenn es wirtschaftlich wieder besser läuft“.

Von einer „Plünderung der Rentenkasse“ um 40 Milliarden Euro sprach **René Springer (AfD)** und zielte damit auf den Finanzminister ab. Naheliegender wäre aus seiner Sicht gewesen, bei der „Einwanderung in die Sozialsysteme“ zu kürzen. Einen Bundeszuschuss zur Rentenversicherung habe es schon immer gegeben, entgegnete die Ministerin. Das bereits verabschiedete Rentenpaket habe die Rente stabilisiert, „geplündert“ werde nicht. Im Bundeshaushalt gebe es Konsolidierungsbedarf; durch Strukturreformen gebe es großes Einsparpotenzial, so Bas. Im Übrigen wandere niemand in die Sozialsysteme ein, sondern es gebe einen Fachkräftemangel. Die bereits Zugewanderten sollten schnell in Arbeit kommen.

Weniger Bürokratie, niedrigere Steuern und vor allem mehr Wirtschaftswachstum: Mit diesem Anspruch ist die schwarz-rote Bundesregierung von Friedrich Merz (CDU) vor einem Jahr angetreten. Doch **was wurde geliefert und was blieb Ankündigung?** **Im Bundestag wurde die Regierungsbilanz am Mittwoch in einer Aktuellen Stunde** gezogen. Auf Verlangen der AfD-Fraktion debattierten die Abgeordneten über „Ein Jahr Regierung unter Bundeskanzler Merz – Auswirkungen auf Deutschland als führende Industrienation“. Dr. Bernd **Baumann (AfD)** übte die erwartbar scharfe Kritik und sagte: „Es war von Anfang an klar, dass Merz mit der SPD nichts umsetzen können.“ Und genau so sei es gekommen. Der Kanzler brülle den Vizekanzler an, „so laut, dass Presse und Öffentlichkeit es mitbekämen“. Der SPD-Fraktionschef Matthias Miersch spreche dem Kanzler jede Führungsfähigkeit ab, und spätestens seit SPD-Arbeitsministerin Bärbel Bas dem Kanzler Zynismus und Menschenverachtung „an den Kopf geworfen“ habe, müsse allen klar sein: „In dieser Regierung sind alle Tischtücher zerschnitten.“ Selbst die Frankfurter Allgemeine Zeitung habe vermeldet: „Diese Koalition ist nicht mehr zu retten.“ Diese Regierung werde auch künftig keine der notwendigen Reformen auf den Weg bringen. „SPD und Union passen einfach nicht zusammen“, sagte Baumann.

Die AfD-Fraktion will die **„polizeiliche Kriminalstatistik sowie das Berichtswesen zur Ausländerkriminalität mit maximaler Offenheit zur Effektivitätssteigerung sicherheitspolitischer Maßnahmen ausgestalten“**. Einen so betitelten Antrag hatte die Fraktion zur Debatte am Mittwoch, 6. Mai 2026, vorgelegt. Die Fraktion fordert die Bundesregierung auf, „zeitnah in Zusammenarbeit mit den Ländern verbesserte bundeseinheitliche Berichtsstandards in Bezug auf die Erfassung und bestmöglich transparente Darstellung von Ausländerkriminalität festzulegen“. Dazu soll nach dem Willen der Fraktion bei polizeilichen Erfassungen ein etwaiger Migrationshintergrund von deutschen Tatverdächtigen in der PKS aufgenommen werden. Auch sollen deutsche Tatverdächtige mit einer weiteren Staatsangehörigkeit zukünftig in der PKS als Untergruppe ausgewiesen werden.



Rückblick auf die Plenarwoche

Donnerstag 7. Mai 2026

Gesundheitspolitiker haben am Donnerstag in einer teilweise hitzigen Debatte zur **Finanzreform** in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) über die bisher vorliegenden Vorschläge diskutiert. Redner der Opposition warfen der Koalition dabei vor, die Versicherten übermäßig belasten zu wollen, obwohl die Beiträge ohnehin schon stark gestiegen seien. Insbesondere Linke und AfD forderten eine radikale Kehrtwende im Gesundheitswesen. **Martin Sichert (AfD)** malte erneut ein düsteres Bild von der Lage im Gesundheitswesen und warf CDU, SPD und Grünen vor, die eigentlichen Probleme zu ignorieren. So kümmere sich die Regierung eher um die „Migrationslobby, Trans-NGOs und ausländische Familienmitglieder“ als um die eigenen Mitbürger. Ärzte und Pfleger würden vertrieben, um anschließend mehr Zuwanderung zu rechtfertigen. In Anspielung auf Reformvorschläge kritisierte er, Krebsvorsorge, Zahnersatz und Zahnspangen würden nicht mehr bezahlt. Deutsche Ehepaare müssten mehr für die Krankenversicherung zahlen, während Eltern und Ehefrauen in der Türkei weiter kostenlos versichert seien. Er forderte: „Schluss mit diesem Wahnsinn.“ Sichert kritisierte zudem: „Der Kahlschlag von SPD und CDU im Gesundheitswesen ist katastrophal und wird von den Grünen noch überboten.“ So wollten die Grünen alle 66 Vorschläge der „Lobbyisten-Kommission“ umsetzen und vermeintlich unwirtschaftliche Parallelstrukturen bei Krankenhäusern zurückdrängen. Dabei sei das Krankenhaussterben auf dem Land eine Katastrophe für die Menschen. Wenn künftig auch noch bei der Vergütung von Fachkräften gespart werde, würden hochqualifizierte Mediziner und Pflegekräfte den Beruf oder das Land verlassen. Sichert warnte: „Sie zerstören die Gesundheit eines ganzen Volkes, Sie zerstören vorsätzlich unseren Sozialstaat.“

Die **Luftverkehrsteuer soll gesenkt werden. Dazu hat die Bundesregierung den Entwurf eines „Zweiten Gesetzes zur Änderung des Luftverkehrsteuergesetzes“** vorgelegt, den der Bundestag am Donnerstag erstmals beraten hat. Damit soll die Erhöhung der Luftverkehrsteuer der früheren Ampelkoalition zum 1. Mai 2024 wieder rückgängig gemacht werden. Ab dem 1. Juli 2026 sollen wieder die Steuersätze vor der Erhöhung in der vergangenen Wahlperiode gelten. **Hauke Finger** von der AfD-Fraktion stellte die Luftverkehrsteuer insgesamt infrage. „Sie schadet unseren Airlines“, begründete er seine Haltung und ergänzte: „Sie verteuert das Fliegen für die Bürger ohne irgendeinen messbaren Effekt auf das heilige Klima.“ Seine Fraktion habe bereits vor sieben Monaten beantragt, die Steuererhöhung der Ampelregierung zurückzunehmen. Dies habe die schwarz-rote Koalition noch abgelehnt.

In einer halbstündigen vereinbarten Debatte hat sich der Bundestag mit dem Thema **„Meinungsvielfalt und Bürgerbeteiligung – Lokalmedien als unverzichtbarer Baustein unserer Demokratie“** befasst. Kulturstaatsminister Wolfram Weimer lobte den Lokaljournalismus als das „Immunsystem“ der Regionen. Martin Erwin Renner (AfD) verortete die Verantwortung für das Entstehen „lokaler Nachrichtenwüsten“ hingegen bei den klassischen Medien selbst. Nicht die sozialen Medien oder „böse amerikanische Konzerne“ seien schuld an der Situation. Die Bürger würden sich vielmehr von den „sogenannten Qualitätsmedien“ abwenden, weil diese „häufig nicht mehr ihren Job machen“, befand Renner. Sie würden allzu oft die gleiche Meinung transportieren oder eine „regierungsgenehme Haltung“. Die Bürger hätten diese Bevormundung und Belehrungen „satt“.

Der Bundestag hat erstmals einen **Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Gesundheitssystem stärken statt Versicherte belasten – Echte Reformen für eine stabile gesetzliche Krankenversicherung“** debattiert. Die AfD-Fraktion fordert echte Reformen für eine stabile gesetzliche Krankenversicherung. Die fehlgeleitete Gesundheitspolitik der vergangenen Jahrzehnte habe das Gesundheitssystem in eine existenzielle Schieflage gebracht. Die zentralen Ursachen für die Misere in der GKV lägen neben der demografischen Entwicklung in der Systemüberlastung durch versicherungsfremde Leistungen an Millionen ausländische Bürgergeldempfänger, einem aufgeblähten Verwaltungsapparat mit zu vielen Krankenkassen, planwirtschaftlichen Fehlanreizen und einem ausgeferten Bürokratismus. Die Abgeordneten fordern in ihrem Antrag, die tatsächlichen Gesundheitskosten für deutsche Bürgergeldempfänger vollständig aus Steuermitteln zu erstatten sowie ausländische Bürgergeldempfänger zur Deckung der medizinischen Kosten eigenständig aufkommen zu lassen. Bei Sozialversicherungsabkommen mit anderen Staaten müsse sichergestellt werden, dass keine Angehörigen im Ausland kostenfrei mitversichert sind, die in Deutschland nicht kostenfrei mitversichert wären.



Rückblick auf die Plenarwoche

Freitag 8. Mai 2026

Gerichte sollen künftig anordnen können, dass Täter die für eine elektronische Überwachung ihres Aufenthalts erforderlichen technischen Mittel ständig in betriebsbereitem Zustand bei sich führen müssen. Mit breiter Mehrheit hat der Bundestag den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung und der Täterarbeit im Gewaltschutzgesetz angenommen. Für das zuvor vom Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz geänderte Gesetz stimmten ebenfalls die Abgeordneten zu. Für die **AfD-Fraktion sagte Rainer Galla**, dass der Schutz von Frauen und die Prävention von Gewalt nicht nur richtig seien, sondern „moralisch und staatspolitisch“ geboten. Die Fußfessel sei ein geeignetes und notwendiges Mittel. Weniger überzeugt zeigte sich Galla von der vorgesehenen Täterarbeit. **Stephan Brandner (AfD) sagte in seiner Rede vor dem Bundestag: „Täter müssen nicht abgeholt werden, sondern Taten müssen verhindert werden. Das sollte der Ansatz einer vernünftigen Politik in Deutschland sein.“ Der Bundeskanzler habe einmal etwas Richtiges gesagt. Er sagte: „Ein beachtlicher Teil“ der „explodierenden Gewalt“ in Deutschland gehe auf Zuwanderer zurück. Das unterstreichen die aktuellen Zahlen aus den Frauenhäusern: Zwei Drittel derjenigen, die dort Schutz suchen, seien Ausländerinnen. Der Ansatz der Alternative für Deutschland sei da deutlicher, klarer und gehe an die Wurzel des Übels, das 2015 geschaffen worden sei. Zuvörderst gehe es um die Abschiebung nicht aufenthaltsberechtigter und vor allem straffälliger Ausländer. Ziel sei es, dass alle Menschen - Frauen und Mädchen, Jungen und Männer - in Freiheit und ohne Angst leben könnten, ohne Horror auf den Straßen. Dem, was vorgelegt wurde, stimme man letztlich zu. Es verschlechtere die Lage nicht, werde sie aber, wenn überhaupt, nur minimal verbessern.**

Der Bundestag hat in erster Lesung **zwei Vorschläge der AfD-Fraktion zur Energiewende** debattiert. Beide Vorlagen stießen bei den anderen Fraktionen auf heftige Gegenwehr. Zum einen forderte die AfD-Fraktion in einem Gesetzentwurf die **„Abschaffung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes“**, zum anderen ging es in einem Antrag um ein **„bundesweites Moratorium des Windindustriearbaus“**. Die AfD-Fraktion verlangt die sofortige Aufhebung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes. Sie argumentiert, das Gesetz greife unzulässig in die Planungshoheit der Länder ein, verzerre den Strommarkt und fördere einen ineffizienten Ausbau, der zu höheren Strompreisen führe. Für Christian Reck (AfD) ist das Windenergieflächenbedarfsgesetz „Planwirtschaft“ und gehöre aus seiner Sicht „schleunigst auf den Müllhaufen der Geschichte“. Die darin vorgesehenen Flächenziele von zwei Prozent bis 2032 würden von Bürgern nicht gewollt. In seinem Wahlkreis sei eine Mehrheit gegen die Errichtung von Windkraftparks, doch die Einwände würden nicht gehört. „Den Kommunen wird mit dieser Frist die Pistole auf die Brust gesetzt. So werden Kommunen gezwungen, gegen den ausdrücklichen Mehrheitswillen der Bürger vor Ort zu entscheiden“, sagte Reck.

Grüne und Linke haben am Freitag im Bundestag massive Kritik an der Energiepolitik der Bundesregierung geäußert. Bei der von ihrer Fraktion beantragten Aktuelle Stunde mit dem Titel „Ein Jahr schwarz-rote Energiepolitik – Energieversorgung jetzt unabhängig, erneuerbar und sicher ausbauen“ warf Michael Kellner (Bündnis 90/Die Grünen) Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) vor, am Kabinetttisch die Interessen der Öl- und Gasindustrie zu vertreten. Jörg Cezanne (Die Linke) sprach von einer unaufrichtigen Energiepolitik, wenn die Ministerin den Eindruck zu erwecken versuche, die erneuerbaren Energien seien für die hohen Energiekosten in Deutschland verantwortlich. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Stefan Rouenhoff (CDU), hielt dem entgegen, dass es die Ampel mit Wirtschaftsminister Robert Habeck und seinem Staatssekretär Kellner gewesen sei, die bei der Energiepolitik viele Male falsch abgebogen sei. Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU) sprach von einem „Scherbenhaufen“, den Habeck und Kellner bei der Energiepolitik der neuen Bundesregierung hinterlassen hätten. **Ähnlich sah das Dr. Malte Kaufmann (AfD). Wenn die Grünen heute eine „Energiepolitik im Rückwärtsgang“ beklagen, zeige das ihren kompletten Realitätsverlust in energiepolitischen Fragen. „Wir müssen umgehend diese irrsinnige sogenannte Energiewende beenden“, forderte Kaufmann.**

Der Bundestag hat den Einspruch des **AfD-Abgeordneten Martin Reichardt** gegen einen Ordnungsruf zurückgewiesen, den die amtierende Bundestagspräsidentin Andrea Lindholz ihm in der Plenarsitzung am 7. Mai 2026 erteilt hatte. Reichardt hatte seinen Einspruch damit begründet, er habe die Abgeordnete Misbah Khan (Bündnis 90/Die Grünen) der Lüge bezichtigt, „weil sie bar jeder Grundlage behauptete, seine Fraktion unterscheide zwischen , guten Familien und schlechten Familien in ihrem Weltbild“. Für diese Aussage Khans hätten in den von der AfD-Fraktion vorgelegten Anträgen, die Grundlage der Debatte waren, keinerlei Anhaltspunkte vorgelegen. Sie sei daher unzutreffend gewesen und habe „ganz offensichtlich zur vorsätzlichen Täuschung der Öffentlichkeit“ dienen sollen. Daher habe es sich bei seinem Zwischenruf „schlichtweg um eine Tatsachenfeststellung, eben nicht um eine Beleidigung“ gehandelt, schreibt Reichardt.



STEPHAN
BRANDNER

28. Mai 2026

**Wanderausstellung
des Deutschen
Bundestages**

mit **Stephan
BRANDNER**

 **Donnerstag, 28. Mai 2026
11:30 Uhr bis 12:30 Uhr**

 **SMARTCity Studio Gera,
Heinrichstraße 30**





Die nächsten Termine



STEPHAN BRANDNER

Bürgerabend
12. Mai, 18:00 Uhr
ELFERHOF

Pohlitzer Straße 16
07987 Mohlsdorf

AfD
Gebietsverband Greiz/ Umland



26. Mai 2026

Angelabend
mit **Stephan BRANDNER**

Dienstag, 26. Mai 2026
17:00 Uhr

Alle weiteren Informationen nach
Anmeldung unter vorstand@afd-greiz.de

AfD

BÜRGERDIALOG
der Landesgruppe Thüringen

28.05.26 | 18.00 Uhr
Lokschuppen
Bahnhofstraße 9
07580 Ronneburg

Mit

Stephan Brandner MdB
Christian Zaum MdB
Denny Jankowski MdL

Wir freuen uns auf Sie!
Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Alternative für Deutschland
FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



5. Juni 2026

Infostand
mit **Stephan BRANDNER** und dem **Gebietsverband Greiz der AfD**

Freitag, 5. Juni 2026
10:00 bis 12:00 Uhr

Marktplatz Greiz

AfD
Gebietsverband Greiz



STEPHAN BRANDNER

Zuschuss zur Klassenfahrt

Zuschuss zu eurer Klassenfahrt nach Berlin:

Mehr Infos unter
stephan.brandner.ma03@bundestag.de

STEPHAN BRANDNER
stellv. Bundesvorsitzender

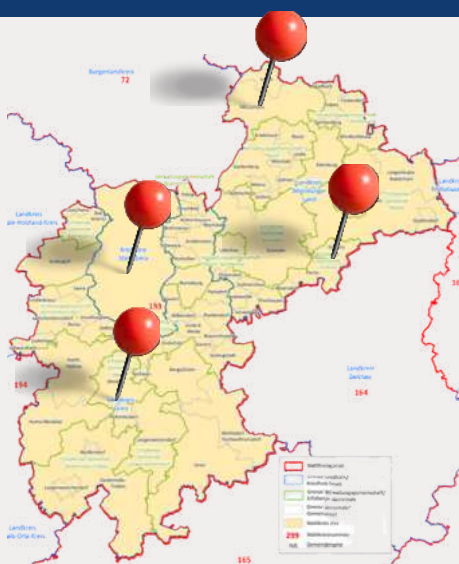
AfD



**STEPHAN
BRANDNER**

Wir sind für Sie da:

📍 Wahlkreisbüro Gera
Rudolf-Diener-Straße 21,
07545 Gera
☎ Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
☎ Fax: 03 65 - 22 69 12 50
✉ kontakt@brandner-im-
bundestag.de
🕒 Geöffnet: Di.-Do. 10-17 Uhr



📍 Wahlkreisbüro Meuselwitz
Bebelstraße 21,
04610 Meuselwitz
✉ meuselwitz@brandner-im-
bundestag.de
🕒 Geöffnet: Di. 10-17 Uhr



📍 Wahlkreisbüro Gößnitz
Zwickauer Straße 11,
04639 Gößnitz
☎ Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
✉ goessnitz@brandner-im-
bundestag.de
🕒 Geöffnet: Do. und Fr. 10-17 Uhr



📍 Wahlkreisbüro Weida
Platz der Freiheit 9,
07570 Weida
✉ weida@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Do. 10-17 Uhr und jeden 1.
Samstag im Monat: 8-11 Uhr



Besuchen Sie mich auch im Netz

-  www.facebook.com/stBrandner
-  www.instagram.com/stephanbrandner
-  www.youtube.com/c/stephanbrandnerafd
-  t.me/StephanBrandnerMdB
-  www.tiktok.com/@brandner_afd
-  <https://twitter.com/BrandnerSt>